

**Mitglieder verschiedener Fraktionen/Abgeordnetengruppen
im Kreistag des Wartburgkreises**

Datum: 25. Mai 2010

Dringlichkeitsantrag zur Auslagerung der Grundschule Thal

Betreff:

Dringlichkeitsantrag zur außerordentlichen Kreistagssitzung am 27.5.2010

Auslagerung der Grundschule Thal für ein Schuljahr in die Regelschule Seebach

I. Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge in Abänderung der durch die Verwaltung getroffenen Entscheidung zur Auslagerung der Grundschule Thal auf unbestimmte Zeit, wenigstens aber bis 2013, in die Grundschule Ruhla beschließen:

„Für das Schuljahr 2010/11 wird die Grundschule Thal vorübergehend in der Regelschule Seebach untergebracht. Mit dem Nachtragshaushalt 2010 und dem Haushalt 2011 sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Laufe dieses Schuljahres alle baulichen Veränderungen geschaffen werden, die eine Wiederaufnahme des Schulbetriebs in Thal zum Schuljahr 2011/12 ermöglichen.“

II. Erläuterung/Begründung:

Die Festlegung, dass die Grundschule Thal unbefristet (wenigstens aber bis 2013) in der Grundschule Ruhla untergebracht werden soll, wurde zur letzten Kreistagssitzung per Information der Kreisverwaltung den Kreisräten zur Kenntnis gegeben.

Es bestand keine Möglichkeit, dazu Stellung zu beziehen. Damit wurden unseres Erachtens demokratische Mitentscheidungsrechte beschnitten.

Zwischenzeitlich haben der Landrat und die Kreisverwaltung die Gelegenheit genutzt, um in einem Elternabend den betroffenen Eltern aus Thal und Ruhla die Beweggründe zu erläutern. Dabei stieß man auf massives Unverständnis, sind doch die Gründe gegen ein solches Verfahren seit dem Herbst 2009 hinlänglich bekannt.

Der durchgängig von Seiten der Eltern geäußerten Bitte, eine Auslagerung nach Seebach als Option zu prüfen, wurde nicht entsprochen.

Die beengten Verhältnisse in Ruhla bei etwa 150 Schülern (insbesondere auch im Falle eines Brandes und der dann notwendigen Evakuierung mit dem sehr kleinen Schulhof und damit eigentlich fehlendem Platz für Löschfahrzeuge) lassen eine Auslagerung nach Seebach als die günstigere Variante erscheinen.

Zudem sehen die betroffenen Eltern eine mindestens dreijährige Auslagerung nicht als Übergangslösung. Auf diese lange Dauer würden sich die Lernverhältnisse für alle betroffenen Schüler verschlechtern. Dies dürfte nicht im Interesse des Landrates und der Schulverwaltung liegen. Bei einer stichhaltigen Überprüfung der notwendigen baulichen Veränderungen sollte ein Kostenrahmen möglich sein, der eine Realisierung mit dem Haushalt 2011 ermöglicht. Noch im Jahr 2005 ist die Schulverwaltung diesbezüglich von 400.000 € ausgegangen.

Rosel Neuhäuser, Die Linke – Rüdiger Schwanz, FDP – Kurt Senf, Freie Wähler – Harry Weghenkel, LAD.